



Carolyn Macmillan
Fraktionsvorsitzende

Norbert Buchta
Fraktionsvorsitzender

24. Juni 2024

Pressemitteilung

Schluss mit der „Ehrung“ von Kolonialverbrechen: Abstimmung in der BVV gescheitert

Am 17. Juni 1900 führte eine Koalition aus Deutschland und weiteren europäischen Großmächten sowie Russland, den USA und Japan einen Überfall auf China durch, um den sogenannten „Boxer-Aufstand“ niederzuschlagen. Die militärische Aktion endete in Massakern an der Zivilbevölkerung, Plünderungen und Vergewaltigungen. Kaiser Wilhelm II. selbst hatte die Marinesoldaten dazu aufgerufen, keine Gnade zu zeigen oder Gefangene zu machen. In Folge dessen wurden die blutbefleckten Rückkehrer in Deutschland als Kriegshelden betrachtet, befördert, mit Orden ausgezeichnet und mit Straßenbenennungen geehrt.

Wer diesen Kontext kennt, wird sich unweigerlich die Augen reiben ob einer seit einem halben Jahrhundert andauernden Diskussion in Steglitz-Zehlendorf: Drei Straßen in Dahlem tragen seit 1906 die Namen der angegriffenen Forts (Takustraße), des am Überfall maßgeblich beteiligten Kanonenboots (Iltisstraße) sowie seines Kommandanten (Lansstraße). Wie sich in der Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung am vergangenen Mittwoch zeigte, wird dies nach dem Willen von CDU, FDP und AfD weiter so bleiben.

Bereits seit 2001 kämpft die SPD in der BVV gemeinsam mit der größten Anliegerin der drei Straßen, der Freien Universität, für eine Umbenennung. Bisherige Initiativen waren jahrelang an den CDU-geführten Zählgemeinschaften gescheitert. Um so hoffnungsvoller war man daher, als 2021 eine Vereinbarung von SPD, Grünen und FDP „frischen Wind“ im Bezirk versprach und auch die Tür öffnen sollte für einen neuen, kritischeren Umgang mit dem eigenen kulturellen Erbe. „Diese Tür hat die FDP in der letzten Sitzung mit einem lauten Knall zugeschlagen“, sagt der SPD-Fraktionsvorsitzende Norbert Buchta. „Eine Enthaltung hätte gereicht, um der ‚Ehrung‘ der Kolonialverbrechen ein Ende zu machen.“ Wie verhärtet die Fronten sind, zeigte sich bereits Anfang Mai, als FU-Präsident Günter Ziegler alle BVV-Fraktionsvorsitzenden zu einem Gespräch geladen hatte, aber nur SPD und Grüne der Einladung gefolgt waren.

Von den Gegnern einer Umbenennung wurde in der Debatte erneut das abgegriffene Argument des „begehbaren Geschichtsbuchs“ bemüht, das in diesem Fall jedoch nicht greift: „Die Beschäftigung mit deutschen Kolonialverbrechen ist selbstverständlich ein Teil historischer Auseinandersetzung. Die Glorifizierung der Täter und Taten verbietet sich aber“, erklärt Ellinor Trenczek, Sprecherin der SPD-Fraktion für Bildung und Kultur. Sie weist zudem auf das seit 2020 gültige Berliner Straßengesetz hin, das es ermögliche, Straßen, die „nach Wegbereitern und Verfechtern von Kolonialismus, Sklaverei und rassistisch-imperialistischen Ideologien“ benannt wurden, umzubenennen. „Menschenfeindlichkeit hat in unserem Bezirk keinen Platz! Die BVV hat die Chance vergeben, ihrer Verantwortung gerecht zu werden,“ kritisiert Alexander Niessen, der ebenfalls für die SPD im Ausschuss für Bildung und Kultur sitzt.

Link zum Antrag: <https://kurzlinks.de/yvhp>